

Sozialschutzsysteme voranzutreiben. Ein im Wesentlichen unverbindlicher Informations- und Erfahrungsaustausch ist aber kein wirksames Instrument, um Marktkräfte zu disziplinieren. Die gegenwärtige Finanzkrise zeigt, welche massiven Folgeeffekte unregulierte Märkte erzeugen können. Die Europäer wären gut beraten, wenn sie den Binnenmarkt auf europäi-

scher Ebene sozialpolitisch stärker einhegen und so einem Vertrauensverlust in Markt, Demokratie und das europäische Projekt selbst präventiv vorbeugen. Die Voraussetzungen dafür sind allerdings nicht günstig. Die Schaffung einheitlicher europäischer Sozialstandards auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit ist vielmehr ein sehr langfristiges Unterfangen.

*Klaus Harpprecht*

## Die Glosse: Die neue, die europäische Mitte

Die Partner einer Großen Koalition haben es nicht leicht, den Bürgern in der Vorbereitung des Wahlkampfes klare Trennungslinien und glaubwürdige Unterschiede ihrer Wert- und Zielsetzungen zu präsentieren – zumal inmitten der chaotischen Wirren einer weltweiten Finanzkrise und unter den Bedrückungen einer drohenden Depression. Der Ausnahmezustand kann ein massiv parteipolitisches Erfolgskalkül fürs erste nicht dulden, sondern fordert den vereinten Willen zur Abwehr der schlimmsten Gefahren und die Bündelung aller Energien zur Überwindung der Krise.

### Wiederentdeckung sozialdemokratischer Kernelemente

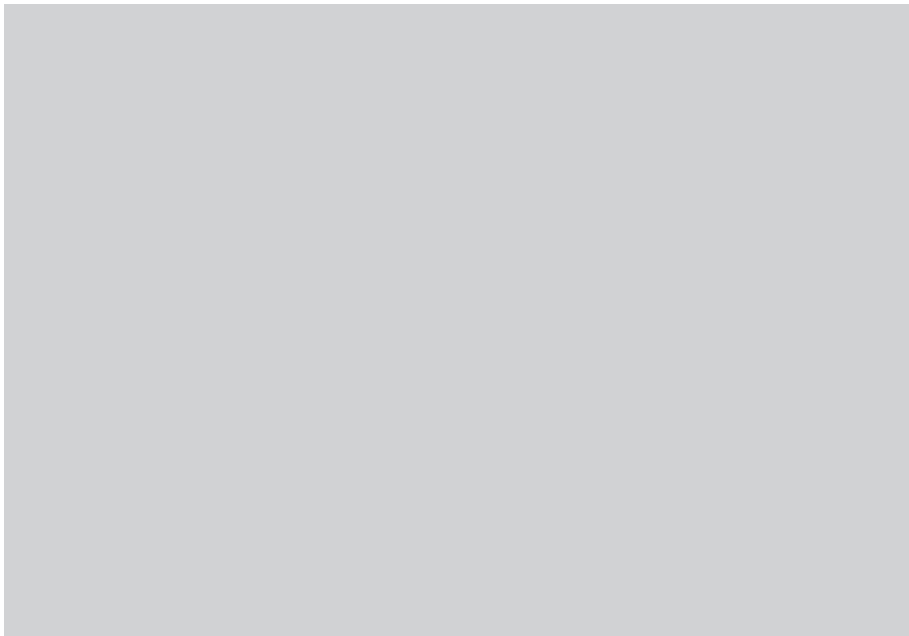
Das gilt für die Sozialdemokraten nicht anders als für die Christdemokraten: die Haupt- und noch immer die Volksparteien, die vom Anbeginn der Bundesrepublik (ja zuvor schon in den westdeutschen Ländern) miteinander das tragende Fundament des Staates bildeten – gleichviel ob in der Konfrontation von Regierungspartei und Opposition, die eine Kooperation im Bundestag, im Bundesrat, in den Länderparlamenten und in den Kommunen niemals ausschloss, oder erst recht in den Jahren gemeinsamer Regentschaft.



**Klaus Harpprecht**

(\*1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt. Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Neu erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.

Die Kanzlerkandidaten und die Parteichefs der zweiten Großen Koalition stehen, was dies angeht, vor härteren Proben als ihre Vorgänger in der Allianz Kiesinger-Brandt im Jahre 1969. Die explosive Finanzkrise – nach dem Krieg die schwärzeste Heimsuchung seit dem Zusammenbruch der Weltfinanzen im Jahre 1929 – zwang die Christdemokraten zur Wiederentdeckung mancher sozialdemokratischer Kernelemente, die ihre Programme und ihr Handeln nach 1945 mitgeformt hatten: unter anderem dank des unvergessenen Karl Arnold, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, diesem treuen Praktikanten der Katholischen Soziallehre, dank auch Eugen Gersztenmaiers, Chef des *Evangelischen Hilfswerkes*, der mitten im deutschen Elend bewiesen hat, was die protestantische Sozialethik zu leisten vermochte. Ihre Prägung der sozialen Marktwirtschaft wurde später in den Wonnen der Hochkonjunktur von den selbstsicher-arroganten Erben so gut



wie vergessen. Sie machten sich's einfach, trompeteten »Freiheit oder Sozialismus« und begaben sich zum Golfplatz. Unsere Genossen intonierten ihre Reform-Hymnen, proklamierten die Ostpolitik als das Erbe von Adenauers Westpolitik und erfanden hernach die »Neue Mitte«.

Angela Merkel sah auf dem Leipziger Parteitag noch keine Veranlassung, die verschütteten sozialdemokratischen Traditionen der Gründungs-CDU wieder auszugraben. Indes, unter der Pression der radikal gewandelten Verhältnisse beugte sie sich der Einsicht, dass ihre »Mitte«, die sie bei jedem Auftritt so weithin sichtbar beansprucht, ziemlich weit in die Reihen der Nichtprivilegierten, der Arbeiterschaft und der kleinen Angestellten, der Rentner und der Arbeitslosen – kurzum nach »links« – ausgreifen muss, wenn sie denn »Mitte« sein will. Mancher ihrer Getreuen blickte seither verwirrt und beunruhigt auf: Sie redet nun fast wie eine Sozialdemokratin, bemerkten die Herren vom rechten Flügel, freilich mit gesenkter Stimme. Die Herren hätten vor-

dem empört zurückgewiesen, dass der Grundgeist der Bundesrepublik (der kleineren wie der größeren) sozialdemokratisch bestimmt ist – und in der Tat: dem Kanzler Kohl, der mächtigsten Verkörperung des konservativen Kleinbürgertums, mochten die »Sozen« so fremd sein wie die Feuerländer. Es rächt sich nun bitter, dass die mediokre Klasse der *McKinsey*-Funktionäre und das Heer der Manager von der Stange, die unsere Finanz- und Konzernhierarchien in den letzten Jahrzehnten beherrschten (leider auch die Sprachregelung in der CDU), die »Sozialverpflichtung des Eigentums«, die das Grundgesetz fordert, ums Verrecken nicht begreifen wollten. Und nun, da sich Präsident Bush junior, das Idol aller Steinzeit- und Neo-Cons, zum radikalsten Sozialisierer seit Lenin gewandelt hat?

Die Wahlkampf-Strategen der SPD können es nicht riskieren, die Koalition in der angespannten Lage aufzukündigen oder (was schlimmer wäre) auf die Sandbank einer faktischen Regierungsunfähigkeit zu

setzen. Dem Kanzler-Kandidaten Steinmeier und dem Parteichef Müntefering bleibt nichts anderes, als für die elementaren Probleme der Finanzen und der Industrie-Subventionen gemeinsam mit der CDU nach Lösungen und Entlastungen zu suchen. Und sonst? Das Verlangen nach einem staatsweit wirksamen Mindestlohn wird nicht genügen. Doch wenn wir uns nicht täuschen, dann öffnet sich ein Aktionsfeld, dem der gleiche Rang wie einst Willy Brandts Ostpolitik zuerkannt werden darf.

### **Europa: Aktionsfeld von Rang**

Europa formt unseren Alltag, tiefer als es uns oft gewärtig ist. Wir leben von der Europäischen Union, die mehr als zwei Drittel unserer Exporte aufnimmt. Nur im europäischen Verbund ist unsere Wirtschaft zur Konkurrenz mit den amerikanischen Giganten (siehe *Airbus* versus *Boeing*) und zu einer produktiven Verbindung mit den »Schwellenländern« fähig. Nur Europa hat – schwach und zersplittert wie sein Machtapparat noch immer sein mag – das politische Potenzial, vermittelnd zwischen den Vereinigten Staaten und dem neu-russischen Imperium zu wirken, um einen neuen Kalten Krieg zu verhindern, den die neukonservativen Konspirateure um den Vizepräsidenten Cheney der Welt nur zu gern aufgezwungen hätten. Nur ein hartes europäisches Veto kann das aggressive und zugleich eher schwachsinnige Projekt einer Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens in der NATO vom Tisch fegen – was freilich voraussetzt, dass sich die Europäische Union entschließt, klare Grenzen zu nennen. Sie muss mit der gebotenen Entschlossenheit feststellen, dass die Türkei – immerhin ein mittlerer Koloss – die schwierige innere Balance der Union täglich gefährdet und sie überdies in eine Mithaftung für ihre Volkstumskriege mit den Kurden und damit die unlösbaren Wirren des Nahen

Ostens und der kaukasischen Regionen zwänge. Dem ist die EU nicht gewachsen, noch nicht. Die Kanzlerin weiß es, und sie tat gut daran, den Türken ein denkbar großzügiges Assoziationsabkommen anzubieten. Außenminister Steinmeier könnte Israel und einem künftigen lebensfähigen Palästinenser-Staat einen ähnlichen Status versprechen, vorausgesetzt, dass sich beide Seiten endlich zu einer friedlichen Koexistenz verpflichteten (was ohne amerikanische Nachhilfe nicht möglich sein wird).

Diese Strategien verlangen freilich, dass wir bald genug eine schlüssige Antwort finden, wie wir es mit der Struktur und Entwicklung der Union halten wollen. Welche Möglichkeiten bieten sich, Irland – das von der Aufnahme in die Gemeinschaft so üppig profitierte wie kein anderes Land – zu einer Ratifizierung des Abkommens von Lissabon zu überreden: die Ersatzverfassung, ohne die unsere Union der 27 nicht regierungsfähig und damit nicht existenzfähig ist? Könnten nicht alle anderen Mitgliedsstaaten durch zweiseitige Abkommen beschließen, sie betrachteten den Vertrag von Lissabon als gültig und würden nach seinen Regeln verfahren – ohne sich um die Iren und andere Ratifizierungsverweigerer weiter zu kümmern? Sollte sich der deutsche Außenminister nicht Präsident Sarkozys Vorschlag zu eigen machen und eine Verteidigungskonferenz mit der Regierung des Präsidenten Obama, den Chefs im Kreml und der Europäischen Union arrangieren, bei der vor allem die leidige Frage der Raketen-Stationierung in Polen, in Tschechien und in der russischen Enklave von Kaliningrad debattiert werden müsste? Könnten nicht Frankreich, die Bundesrepublik, vielleicht auch England gemeinsam versuchen, die beiden europaskeptischen Staatshäupter von Polen und Tschechien endlich davon zu überzeugen, dass die Probleme der militärischen Sicherheit nicht mehr mit der NATO allein, sondern nur noch in Übereinstimmung mit den außenpolitischen Institutionen der

Europäischen Union ausgehandelt werden sollten? Grund genug: ihre militärpolitischen Entschlüsse betreffen nicht nur sie und die Vereinigten Staaten, sondern gleichermaßen die benachbarten Mitglieder der Allianz. Wäre dies nicht das Signal, die so lange verzögerte Planung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik und die Formierung europäischer Streitkräfte (über den Ansatz des Eurocorps hinaus) auf die Tagungsordnung zu setzen?

### **Die Franzosen haben begriffen**

Wenn nicht vieles täuscht, dann neigt die Kanzlerin mehr und mehr zu einer Aufwertung und Erweiterung der (eher dürftigen Reste) nationaler Souveränitäten? Das mag sich aus ihrer ostdeutschen Herkunft erklären. Vielleicht entrichtet sie auch nur den offenen und verborgenen nationalstaatlichen Nostalgien in den konservativen Flügeln der CDU und CSU ihren Tribut. Inzwischen aber könnte sie im Stillen bedauert haben – nicht anders als Finanzminister Steinbrück –, dass sie im ersten Ansturm der Krise Nicolas Sarkozys Vorschlag einer gemeinsamen Abwehr-Strategie mit einem europäischen Notfonds für die bedrohten Banken so vorschnell verworfen und darauf bestand, dass die Deutschen das Monster einer Pleitewelle besser in eigener Hoheit und aus eigenen Mitteln zu bändigen wüssten. Inzwischen wurde offenbar, dass die deutsche Bankenwelt – dank der biederemännlich getarnten Leichtfertigkeit (und der unkontrollierten Spekulationsgier) ihrer Chefs – böser heimge sucht ist als es die französischen Institute sind.

Dennoch, die Kanzlerin wischte den Vorschlag Sarkozys beiseite, für die Euro-Zone eine Art gemeinsame Wirtschaftsregierung zu bilden, zunächst (versteht sich) unter seiner Führung. Bei jeder dieser Anregungen wittern die Deutschen sofort einen Anschlag auf die Unabhängigkeit der

Europäischen Zentralbank. Die Franzosen haben dies begriffen, zumal einer ihrer Landsleute das anti-inflationäre Tabu der gemeinsamen Währung mit eisernem Willen verteidigt. Außenminister Steinmeier meinte klug, man könne auf den Begriff »Wirtschaftsregierung«, der bei den Deutschen noch immer starke Allergien auslöst, getrost verzichten und sich dennoch zu einer engeren wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit entschließen.

Immerhin verfügen Frankreich und die Bundesrepublik zusammen über jene »kritische Wirtschaftsmasse«, die das Geschick der Union bestimmt: Sie weisen an die 49 Prozent des Inlandsbrutto-Produktes der Euro-Zone auf, finanzieren 36 Prozent des europäischen Budgets und stellen 33 Prozent der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Es gibt ohne sie und ihr gemeinsames Handeln keine Europäische Union und erst recht keine Euro-Zone, die sich in dieser Weltkrise als ein wahrer Segen erweist (nur daran zu denken, zu welcher absurden Spekulationen die Zersplitterung der alten Währungen herausfordern würde).

### **Europa braucht sozialdemokratische Führung**

Michel Rocard, der klügste (und erfolgreichste) Ministerpräsident der Fünften Republik – von Mitterrand als ein potenzieller Konkurrent in die Wüste geschickt – rief im November den Delegierten des (alles in allem kläglichen) Parteitag der Sozialisten in Reims zu, die Genossen sollten sich endlich auf die alte sozialdemokratische Forderung nach einer Regulierung der internationalen Geldmärkte und vor allem der anarchischen Hedgefonds besinnen. Europa brauche die sozialdemokratische Führung. Nur Europa verfüge über die »Kader«, die notwendig seien, um den Kapitalismus neuen und effizienten Regeln zu unterwerfen – und damit die Marktwirtschaft zu sichern. Einer seiner Landsleute

formulierte drastischer, was ein vitales Argument im Wahlkampfprogramm der SPD sein müsste: Europa wird sozialdemokratisch sein – oder es wird nicht sein.

Dies wissen die sozialdemokratisch inspirierten Geister in der CDU (wie Ministerpräsident Rüttgers) so genau wie die aufgeklärten unserer Genossen. Ein europäisches Programm garantierte überdies eine solide ideelle Basis, wenn die Fortset-

zung der Großen Koalition unumgänglich sein sollte. Vor allem: Ein sozialdemokratisches Europa sorgte für die notwendige Abgrenzung gegen die Neo-Nationalismen von links und von rechts. Die »Neue Mitte« der SPD ist in Europa verankert, Merkels »Alte Mitte« schwebt zuweilen noch in nationalstaatlichen Souveränitäts-Illusionen, von denen sich die Geschichte in Wahrheit verabschiedet hat. Gottlob.

*Monika Griefahn*

## Eine europäische Aufgabe mit mehreren Dimensionen

### Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik

*Von der Verabschiedung der Europäischen Kulturkonvention 1954 bis zur »Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung« hat die Union auf diesem Feld einen weiten Weg zurückgelegt. Klar ist heute, dass zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben die Kultur als tragende Säule existenziell wichtig ist. Das Projekt »Kulturhauptstadt« spielt dabei eine entscheidende Rolle. Der Beitrag entstand in Zusammenarbeit mit Edda Rydzy und Olaf Schwencke.*

Man muss im doppelten Sinne auf Abstand gehen, wenn man über europäische Kultur und Kulturpolitik nachdenkt.

Abstand im räumlichen Sinne ist nötig, um zu erkennen, dass es das gibt, was immer noch zum Teil heftig bestritten wird: eine von anderen Kulturen der Erde deutlich unterschiedene und unterscheidbare europäische kulturelle Identität. Vielfalt und Buntheit sind nur eines ihrer Merkmale.

Abstand im zeitlichen Sinne erlaubt, die Entwicklungen zu erkennen und zu beurteilen, die europäische Kultur und Kulturpolitik in den vergangenen Jahrzehnten genommen haben. Ganz zweifellos ist seit den ersten Integrationsbemühungen, die wesentlich auch auf kulturellen Überzeugungen fußen, ein weiter Weg zurückgelegt worden. Nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges stand die Besinnung auf das gemeinsam geteilte humanistische Erbe im Mittelpunkt. Dass es gemeinsam



**Monika Griefahn**

(\* 1954) MdB, ist Sprecherin der Arbeitsgruppe Kultur und Medien sowie für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für die SPD-Fraktion.

[monika.griefahn@bundestag.de](mailto:monika.griefahn@bundestag.de)

getragener und verantworteter politischer Strukturen bedarf, um den lebendigen Umgang mit diesem Erbe sowie die partnerschaftliche Entwicklung einer modernen europäischen Kultur zu verhandeln und zu regeln, war damals noch außerhalb der Sichtweite. Nach der Verabschiedung der Europäischen Kulturkonvention als erster bedeutender Kulturinitiative des Europarats vergingen fast vier Jahrzehnte, bis 1992 mit dem Vertrag von Maastricht Kultur Eingang in die Gesetzestexte der Europäischen Union gefunden hat.